

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

17.12.1928 (No. 295)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Zeitung  
Nr. 295  
und 296  
Postfach  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Spezialredakteur  
C. Amann  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2.25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, bei als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Strasse 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern veranlagt. Bei Anzeigenerhebung, pränumerierter Verteilung, und Kontostundenkarten fällt der Rabatt nicht. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Verkehrsbehinderung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verstopft, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen sowie keine Gewähr übernommen. Unerlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Verzögerung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 24 auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralkalenderregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Offentlichkeit und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volkskalenderblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages

### Amtlicher Teil

#### Die Lage des Arbeitsmarktes

(mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland).

Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes hat sich in der Berichtszeit vom 6. bis 12. Dezember in ungeschwächtem Maße fortgesetzt. Die Zunahme der unterstützten Arbeitslosen betrug 6252 Personen (5765 Männer und 487 Frauen) gegen 5541 (5001 Männer und 540 Frauen) in der Vorwoche. Am 12. Dezember bezogen 57 525 Personen die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung und 4924 die Krisenunterstützung gegen 51 447 bzw. 4750 am 5. Dezember. Die Gesamtzahl der Unterstützten ist von 56 197 auf 62 449 um 11,1 v. H. gestiegen; davon waren 51 653 Männer (gegen 45 888 am 5. Dezember) und 10 796 Frauen (gegen 10 309). Auf die Arbeitsämter in Württemberg und Hohenzollern trafen 22 320 (gegen 18 943) und auf die Arbeitsämter in Baden 40 129 (gegen 37 254) Hauptunterstützungsempfänger. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamtes kamen am 12. Dezember 1928 auf 1000 Einwohner 12,5 Unterstützte gegen 7,0 am 31. Oktober und 4,7 am 1. August.

Wiederum ist das Steigen der Arbeitslosigkeit hauptsächlich durch die Einflüsse der winterlichen Witterung hervorgerufen und betrifft deshalb vorwiegend die männlichen Berufsleute. Die Bautätigkeit ist zwar noch nicht völlig zum Stillstand gekommen; jedoch sind die vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten für Bauarbeiter aller Kategorien immer mehr im Abnehmen begriffen. Auch die Außenarbeiten in der Industrie der Steine und Erden sind in vermehrtem Maße ins Stoden geraten. Der augenblickliche Bedarf der Landwirtschaft an Arbeitskräften ist sehr gering. In der Forstwirtschaft mußten die Holzschlägerarbeiten wegen der starken Schneefälle in einigen Bezirken ganz unterbrochen oder stark eingeschränkt werden. Die Beschäftigung des Arbeitsmarktes in der Berufsgruppe „Lohnarbeit wechselnder Art“ und im Verlehdgewerbe erfuhr infolge des bevorstehenden Weihnachtsfestes durch zahlreiche kurzfristige Beschäftigungsmöglichkeiten eine merkliche Erleichterung. Der Beginn der Saison in den Winterkurorten, deren volles Einsehen bei den jetzt günstigen Schneeverhältnissen für die Feiertage erhofft wird, hat den Arbeitsmarkt für Hotel- und Gastwirtschaftsstellte bisher nur in sehr geringem Maße entlasten können.

In der Industrie ist auch wieder ein zunehmendes Abflauen des Beschäftigungsgrades festzustellen. In der Metallindustrie war es neben dem Sandverl, das von der Bautätigkeit abhängig ist, hauptsächlich die Maschinenindustrie, die den Arbeitsmarkt erneut belastete. Die Textilindustrie weist nur im Bezirk Karlsruhe eine erhebliche Zahl von Arbeitslosen auf; Kurzarbeit besteht jedoch in vielen Betriebszweigen und Bezirken. Die Papierindustrie und das Verlehdgewerbe haben eine keine Beseitigung der Lage hauptsächlich auf Werberearbeiter; auch Sattler sind in sehr großer Zahl arbeitslos. Der Anbruch von Arbeitern aus der Holzindustrie hat ebenfalls zugenommen. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe hatte der Wäckerberuf eine ziemlich lebendige Vermittlungstätigkeit zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit in der badischen Tabakindustrie scheint sich nunmehr auch auf bisher gutbeschäftigte Bezirke auszudehnen. Die Vermittlungstätigkeit im Verlehdgewerbe war gering. Die württembergische Schuhindustrie hat keine Besserung erfahren. Die Arbeitsmarktlage für ältere kaufmännische Angestellte ist nach wie vor schlecht und durch das Weihnachtsgeschäft nur wenig belebt.

#### Die Verwaltungsratsitze bei der Reichsbahn

Nachdem die Reichsregierung am Freitag die Ernennungen für die vier Plätze im Verwaltungsrat der Reichsbahn vollzogen hatte, die durch die diesjährige Auslosung freigeworden waren, hat am Samstag der Staatsgerichtshof auf die Klage der süddeutschen Länder mit einem Votum geantwortet, das den Konflikt zwischen dem Reich und den Ländern um das Benennungsrecht für den Verwaltungsrat in voller Schärfe zeigt. Die Ansprüche der früheren Eisenbahnländer auf eine Vertretung im Verwaltungsrat gründen sich auf Abmachungen, die zum Teil auf die Verträge bei dem Übergang der Landes-eisenbahnen auf das Reich, zum Teil auf die Lösung der Reichsbahn vom allgemeinen Reichsbesitz nach dem Abschluß der Inflation zurückgehen. Die Reichsregierung vertritt die Auffassung, daß die Neuorganisation der Reichsbahn auf Grund des Damespafkes die Erfüllung der früher gegebenen Zusagen unmöglich mache.

Der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches hatte am Samstag folgenden Beschluß gefaßt: „Dadurch, daß die Reichsregierung am Tage vor dem Termin zur Entscheidung über die beantragte einstweilige Verfügung, die am 31. Dezember freierwerbenden Stellen im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft neu besetzt hat, ist die verfassungsmäßige Tätigkeit des Staatsgerichtshofes in der Streitfache unmöglich gemacht worden. Eine Erklärung über die Gründe des Vorgehens der Reichsregierung hat ihr Vertreter abgelehnt. Der Staatsgerichtshof vermag daher die Streitfache auf unbestimmte Zeit. Er wird sich an den Reichspräsidenten wenden mit dem Antrag, dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Gewähr für diejenige Achtung seiner Gerichtsbarkeit zu verschaffen, deren er zur Erfüllung seiner verfassungsmäßigen Aufgaben bedarf.“ Das Reichskabinett hat am Samstagabend die neue geschaffene Lage beproben. Die Reichsregierung erklärte, daß sie

### Letzte Nachrichten

#### Krieg in Südamerika

Blutige Kämpfe im Chaco Boreal

Zwischen bolivianischen und paraguayischen Truppen ist es im Chaco Boreal zu neuen blutigen Kämpfen gekommen. Bolivianische Truppen erlitten das Fort Bogeron. Es sollen 100 Paraguayer und 20 Bolivianer getötet worden sein. Ein bolivianisches Flugzeug hat über dem früher im bolivianischen Besitz befindlichen Hafenplatz Bahia Negra am Paraguanfluß Bomben abgeworfen. Paraguay hat die allgemeine Mobilisierung angeordnet.

W.B. Lima (Peru), 17. Dez. (Tel.) Die hiesige Gesandtschaft von Paraguay gab bekannt, daß die bolivianischen Truppen im Anmarsch gegen das Fort General Aquino begriffen seien, was Verteidigungsmassnahmen von Seiten Paraguays notwendig mache. Der Präsident von Paraguay, Guggiari, hat die Mobilisierung der Altersklassen von 18 bis 29 Jahren angeordnet. In politischen Kreisen Limas ist man allgemein der Ansicht, falls nicht sofort wirksame Schritte unternommen werden, der Krieg zwischen Bolivien und Paraguay in aller Form zum Ausbruch kommen werde.

#### Die Vereinigten Staaten und der Konflikt

W.B. New York, 17. Dez. (Tel.) Die Wälder wüsten den erneuten kriegerischen Demonstrationen in den Hauptstädten Boliviens und Paraguays beträchtlichen Raum. In politischen Kreisen Washingtons machten die Nachrichten über die militärischen Zusammenstöße einen äußerst depressierenden Eindruck, um so mehr, als Bolivien während der letzten Jahre vier Anleihen im Gesamtbetrag von rund 65 Millionen Dollars erhalten hat, die für friedliche Zwecke bestimmt sein sollten. In den Kreisen der panamerikanischen Konferenz herrschte schwere Besorgnis über weitere Auswirkungen auf das übrige Südamerika. Während betont wird, daß Chile und Peru ihre Neutralität für den Kriegsfall bereits angefündigt haben, und auch Uruguay keine kriegerischen Absichten hegt, wird „Herald and Tribune“ darauf hin, daß hinsichtlich der Haltung der übrigen Großstaaten Südamerikas eine gewisse Unsicherheit herrsche.

#### Finanzminister a. D. Dr. Schall †

W.B. Heilbronn, 17. Dez. (Tel.) Finanzminister a. D. Dr. Schall, Präsident der Württembergischen Verwaltungsakademie, Vorstand des Württembergischen Sparblassen- und Giroverbandes, eine der führenden Persönlichkeiten in der demokratischen Fraktion des württembergischen Landtages, ist heute früh hier im Alter von 46 Jahren gestorben. Präsident Schall, der schon seit längerer Zeit leidend war, mußte auf der Heimfahrt von Berlin nach Stuttgart seine Reise infolge einer plötzlichen Verschlimmerung unterbrechen und sich in einem Heilbronner Krankenhaus in ärztliche Behandlung begeben.

#### Kurt Krumbhaar †

W.B. Biegnitz, 17. Dez. (Tel.) Am Sonntagnachmittag entschloss nach kurzem Krankenlager in Biegnitz der Buchdruckerbesitzer und Mitinhaber Kurt Krumbhaar der Firma M. Krumbhaar, Verlag des „Biegnitzer Tagbl.“, im 56. Lebensjahre plötzlich an einem Herzschlag. Der Verstorbene war der jüngere Bruder des Kommerzienrats Dr. Heinrich Krumbhaar, des Vorsitzenden des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.

#### Rabul von den Aufständischen angegriffen?

W.B. Neu-Delhi, 17. Dez. (Reuter.) (Tel.) Wie aus Rabul gemeldet wird, haben die Aufständischen nunmehr die Hauptstadt selbst angegriffen, wobei es zu erbitterten Kämpfen kam, die in Rabul große Verwirrung verursachen.

Stresemann Donnerstag in Berlin. Reichsaußenminister Stresemann hat nach Berlin mitteilen lassen, daß er am Mittwoch von Lugano abreisen und am Donnerstag wieder in Berlin eintreffen werde. Der Reichsstatler wird den Wäldern zufolge für Donnerstag das Kabinett einberufen, da Dr. Stresemann sofort nach seiner Rückkehr die Reichsregierung über das Ergebnis seiner Besprechungen in Lugano informieren möchte.

Die Konferenz von Abasja zu unmittelbaren Verhandlungen in der rumänisch-ungarischen Opatantenfrage, wurde eröffnet.

#### Schweres Eisenbahnunglück in Polen

W.B. Warschau, 17. Dez. (Tel.) Auf der neugebauten eingleisigen Verbindungsbahn, welche unter Umgehung Deutsch-Berschleiens Ratowisz und Polen auf der Strecke Ralety-Bobzamez verläuft, stießen am Sonntagabend 9 Uhr zwischen den Stationen Wielun-Koninow zwei Güterzüge zusammen. Die beiden Lokomotivführer und zwei Mann des Begleitpersonals wurden sofort getötet, sechs weitere Beamte wurden schwer verletzt, 44 Güterwagen wurden zertrümmert. Das Gleis ist auf eine lange Strecke zerföhrt. Die Strecke wird längere Zeit gesperrt bleiben, da der Versuch, eine Umgehungsfrede anzulegen, nicht glückte.

rechtlich zu ihrem Vorgehen voll befugt sei; sie sei bei Lage der Sache zu einer alsbaldigen Entscheidung geradezu verpflichtet gewesen. Sie habe in die verfassungsmäßige Tätigkeit des Staatsgerichtshofes in keiner Weise eingegriffen, und sei sich ihrer verfassungsmäßigen Verantwortung voll bewußt.

### Die Heidelberger Schurman-Feier

Schurman Ehrenbürger Heidelbergs — Neben des Vorkämpfers, des Rektors, des Unterrichtsministers und des Oberbürgermeisters

Heute, Montag vormittag 11 Uhr, fand im überfüllten, festlich geschmückten Saal der Stadthalle zu Heidelberg die von der Stadt und der Universität gemeinsam veranstaltete Feier statt, in der Vorkämpfer Schurman die Stiftungsurkunde über 500 000 Dollar zum Neubau der Universität überreichte und in der Vorkämpfer Schurman selbst zum Ehrenbürger der Stadt Heidelberg ernannt wurde.

Es wohnten ihr u. a. bei das badische Staatsministerium mit Staatspräsident Dr. Schmitt an der Spitze (mit Ausnahme von Dr. Trunk, der wegen Trauer nicht kommen konnte), Reichstagspräsident Lobe und Landtagspräsident Dr. Baumgartner, Geheimrat Schwörer (Vogelgemeinschaft der deutschen Wissenschaft) und Prof. Gruber, der Erbauer des neuen Hörsaalgebäudes.

Nach dem feierlichen Einzug der Ehrengäste, des Lehrkörpers, der Stadtverwaltung und der Chargierten — an der Spitze des Juges schritt zwischen dem Rektor der Universität, Geheimrat Prof. Dr. Feinschmeier und dem badischen Staatspräsidenten Vorkämpfer Schurman — und nach einem Orgelspiel, gespielt von Universitätsmusikdirektor Prof. Dr. S. M. Koppen, begrüßte der Rektor die Erschienenen, insbesondere den Vorkämpfer.

Dann betrat, stürmisch begrüßt, Vorkämpfer Schurman das Podium und führte u. a. aus:

Euer Magnifizenz, Kommilitonen, Meine Damen und Herren:

Es ist mir eine Freude, wieder einmal in Heidelberg zu sein und den Geist der Jugend einzuatmen, der von diesem ehrwürdigen Orte deutscher Kultur ausströmt. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts begannen amerikanische Studenten, den Weg nach Heidelberg zu beschreiten, dessen Universität in Amerika die beliebteste des europäischen Festlandes wurde. Hunderte von amerikanischen Studenten wurden hier während des 19. Jahrhunderts erzogen, angelockt von dem Ruf der Universität, der unvergleichlichen Schönheit der Stadt und ihrer Umgebung, sowie von der herzlichen Gastfreundschaft der Bürger. Ich erscheine vor Ihnen heute als Vorkämpfer jener amerikanischen Studenten. Wir möchten unserer tiefen und herzlichen Dankbarkeit gegenüber der Universität Ausdruck verleihen. Glücklicherweise bot sich eine Gelegenheit, um den Gefühlen so vieler meiner Landsleute gegenüber dieser Universität greifbaren Ausdruck zu verleihen. Es stellte sich heraus, daß zufolge der großen Steigerung der Anzahl der Studenten ein neues Lehrgebäude dringend erforderlich wurde, das besonders Vortragsäle für den Gebrauch der Professoren und anderer Lehrer der Geisteswissenschaften enthalten sollte. Gelegentlich eines meiner hiesigen Besuche — und ich komme ziemlich oft — wurde mir mitgeteilt, daß ein derartiges Gebäude 1,2 Millionen Reichsmark oder etwa 300 000 Dollar kosten würde. Ich muß Ihnen gestehen, daß ich diese Zahl nicht als endgültig ansah. Demzufolge wurden von mir stillschweigend noch 30 Proz. zu der für das beabsichtigte neue Gebäude in Heidelberg genannten Zahl zugeschlagen. Es wurde beschlossen, in Amerika einen Fonds von 400 000 Dollar aufzubringen für die Errichtung des neuen Gebäudes. Diese Summe ist jetzt zustande gebracht worden.

Den Spendern wurde mitgeteilt, daß ihre Namen, unter Weglassung des Betrages ihrer Spenden, der Universität mitgeteilt würden. Herr Rodelseder zeichnete die Hälfte der Gesamtsumme. Am gleichen Tag spendete Herr George F. Baker, der bekannte Bankier, 50 000 Dollar. Die verbleibenden 150 000 Dollar wurden später von den Herren, deren Namen in der Spenderliste enthalten sind, gespendet.

Im Oktober stellte es sich heraus, daß 400 000 Dollar wahrscheinlich nicht ausreichen würden. Es wurde daher beschlossen, 500 000 Dollar aufzubringen. Dieses Ziel wurde schnell erreicht. Drei großzügige amerikanische Bürger gaben die letzten 100 000 Dollar. Obwohl sie gute amerikanische Bürger sind, haben ihre Wägen am Rhein gestanden.

Der Vorkämpfer übergab weiter drei kleinere Spenden, die ihm durch die Post zugestellt wurden. Das Geschenk ist mit keinen Bedingungen irgendwelcher Art behaftet. Es steht der Universität frei, das Gebäude dort, wo es ihr paßt, zu errichten, sowie die architektonische Gestaltung und innere Anordnung zu bestimmen. Die einzige Einschränkung ist die, die sich aus der Beschreibung des Projektes den Spendern gegenüber ergab, das heißt, daß der Zweck der Spende die Schaffung einer neuen Lehrhalle für die Universität Heidelberg sei.

Das neue Gebäude ist ein Geschenk der Dankbarkeit von Amerikanern an diese ehrwürdige und berühmte Universität. Möge es sich als ein neues Band zur Vereinigung der Studenten und Lehrer beider Länder sowie beider Völker erweisen.

Der Vorkämpfer verlas dann die formelle Übergabe:

„Der Universität Heidelberg, von amerikanischen Studenten während eines Jahrhunderts besucht und stets geliebt, die sie immer mit freudlichem Willkommen empfing und freigebig zu Gelehrsamkeit und Forschungsarbeit erzog, wird von einer Anzahl ihrer amerikanischen Freunde in dankbarer Anerkennung jener hohen und hilfreichen Dienste durch Herrn Dr. Jacob Gould Schurman, den amerikanischen Vorkämpfer in Deutschland, dieser

Fonds von mehr als einer halben Million Dollar zur Er- richtung eines neuen Vorlesungsgebäudes überreicht. Weihnachten 1928. Nach der Überreichung der Stiftungsurkunde sprach

### Rector Dr. Heinsheimer

den Dank der Zuhörer aus und feierte den Vorkämpfer nicht nur als Überbringer, sondern als den Urheber des Werks. Der Bau soll am Universitätsplatz, gegenüber der alten Uni- versität errichtet werden.

An dem neuen Hause der Ruperto Carola, an allehr- würdiger, durch ernste und hohe Überlieferungen geheiligter Stätte deutschen Bodens mit Hilfe amerikanischer Freunde errichtet, soll der Sinn dieser heutigen Stunde immer leben- dig bleiben. Die Neue Universität sei weit geöffnet den Jün- gern der Wissenschaft aus der ganzen Welt. Sie sei gewidmet freier Forschung und ernster Lehre. Sie sei für alle Zeiten durchwaltet von deutschem Geist und überstrahlt von der Seele der Menschheit.

Hierauf erstattete der badische

### Kultusminister Dr. Leers

den Dank der badischen Regierung, indem er folgendes aus- führte:

Verehrte Damen und Herren, sehr verehrter Herr Bot- schafter!

Das Stern- und Streifenbanner der Vereinigten Staaten von Nordamerika und die schwarzgoldene Fahnen der deutschen Republik wehen heute nebeneinander vom Dach dieses festlich geschmückten Hauses und vom Firle der all- ehrwürdigen Universität. Das ist ein hohes, bedeutsames äußerliches Zeichen dafür, daß sich heute hier amerikanische und deutsche Bürger in Freude und Freundschaft zusamen- gefunden haben. Es ist erst wenige Monate her, daß der auch heute wieder unter uns weilende Vorkämpfer Americas mit ausgezeichneten und von Herzenswärme erfüllten Worten hier dessen gedacht hat, wie eng und wertvoll die kulturellen Bande sind, die sich von Deutschland hinüberziehen zum amerikanischen Kontinent. Und immer wieder sind zahlreiche Deutsche hinübergezogen ins Zukunftreich America und haben ihm nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern auch von der Kultur mitgebracht, die im Vaterland geworden war. Es waren nicht die schlechtesten unserer deutschen Söhne, die zusammen mit anderen Nationen Europas die neue amerikanische Nation entstehen und emporwachsen ließen.

Statt vieler, will ich des einen gedenken, des Deutschen Karl Schurz, der vor rund 80 Jahren drüben sich eine neue Heimat gegründet hat, den Freund des großen Präsidenten Lincoln.

Wir Deutsche sind dankbar dafür, daß Amerika deutsches Kulturleben auch heute noch zu schätzen und zu lieben ver- steht, und daß es in dieser Wertschätzung in Übereinstimmung mit unserer eigenen Gesinnung zum Ausdruck bringt, daß die Pflege kultureller Güter, die Förderung der Wissenschaften und der Künste ein Band um die ganze Menschheit schlingt, das uns ein hohes Gefühl der Gemeinsamkeit geben darf, auch wenn unsere Wege sonst nicht zusammenlaufen. Das Gefühl der Gemeinsamkeit auf diesen Gebieten pflegen heißt, der Verständigung, ja der Freundschaft auch in allen anderen Beziehungen des Völkerverkehrs segensreich vorarbeiten. Den Worten der Anerkennung, die der amerikanische Vorkämpfer, wie ich schon vorhin erwähnte, vor einiger Zeit dem deutschen Universitätsleben hier gewidmet hat, hat er nunmehr einen überaus gültigen Beweis der freundschaftlichen Gesinnung, die er zusammen mit einer stattlichen Zahl ameri- kanischer Bürger uns entgegenbringt, folgen lassen. Wir dürfen diese Gabe als eine Aufmunterung ansehen, an unserer alten Überlieferung, die Wissenschaften an unseren deutschen Universitäten zu pflegen, trotz alles Dranges der heutigen Zeit festzuhalten. Wir fühlen in uns die Pflicht, in der Pflege der Wissenschaften nicht nachzulassen, wenn wir auch wohl wissen, daß wir gleichfalls mit aller Kraft danach streben müssen, zur Wohlfahrt unseres Volkes seine wirtschaft- lichen Bedingungen zu verbessern. Daß amerikanische Bürger, angeregt von der Liebe des amerikanischen Vorkämpfers zur Universität Heidelberg, uns die Aufgabe erleichtern, der Wis- senschaft und der Lehre der Jugend würdige Stätten zu berei- tern, erfüllt uns mit aufrichtigem, herzlichem Dank.

Ich darf darüber Ihnen, sehr verehrter Herr Vorkämpfer, im Namen der Badischen Regierung, ja ich darf sagen im Namen des Deutschen Volkes, dafür in aufrichtiger Verehrung tiefgefühlten Dank hiermit aussprechen. Wie wissen, wie sehr Sie die Universität Heidelberg lieben, desgleichen glaubt die Badische Unterrichtsverwaltung Ihnen ein äußeres Zeichen ihrer Dankbarkeit und Verehrung geben zu dürfen in der kunstvollen Wiedergabe einer der kostlichsten alten Schätze der Universitätsbibliothek, der wunderbaren Manuskripten-Handschrift mittelalterlicher, deutscher Minnesänger.

Nehmen Sie unsere Gabe, das bitte ich Sie, freundlich hin als ein kleines Zeichen unserer dankbaren Verehrung.

Ruhmreich ergriff der Oberbürgermeister der Stadt Heidel- berg,

### Prof. Dr. Walz

das Wort zu einer Ansprache, in der er auch namens der Stadt, mit der die Hochschule seit länger als einem halben Jahrtausend so eng verwachsen ist, den Dank aussprach. Sie haben uns Treue bewahrt und haben diese Treue jetzt von neuem bestätigt. Wir wollen diese Treue erwidern. Zum Zei- chen dessen und zugleich zum Ausdruck unserer innigsten Dan- kes hat die Verwaltung unserer Stadt schon vor Monaten, als die erste Stunde Ihrer hochherzigen Handlung zu uns drang, einen Beschluß gefaßt, den ich heute verkünden soll, und der folgendermaßen lautet:

„Der Stadtrat der Reichshauptstadt Heidelberg hat ein- stimmig beschlossen:

Er. Erzelenz dem Vorkämpfer der Vereinigten Staa- ten von Amerika in Berlin, Herrn Dr. phil. h. e. Jacob Gould Schurman,

der vor einem halben Jahrhundert als akademischer Bürger in ihren Mauern weilte, der damals Heidelberg in sein Herz geschlossen, der die Erinnerung an die Hochschule und die Stadt treu bewahrt und seine Anhänglichkeit an die Hochschule und die Stadt in hochherziger Weise bekundet hat, das

### Ehrenbürgerrecht

zu verleihen.“ Der Redner fordert auf, in ein Hoch einzustimmen auf den hochherzigen Freund der Stadt und der Hochschule, Se. Erzelenz der Vorkämpfer der Vereinigten Staaten von Ame- rica, Dr. Schurman.

Nachdem das von der Menge begeistert aufgenommene Hoch verklungen war, stieg der erste Vorkämpfer, Nies, den Dank der Studentenschaft ab, indem er besonders daran erinnerte, daß am 26. Oktober das 100. Semester bestrichen war, seitdem Schurman in Heidelberg immatrikuliert wurde. Zum Schluß ergriff nochmals

### Vorkämpfer Dr. Schurman

das Wort. Er dankte für die Verleihung des Ehrenbürger- rechts. Er sei wirklich glücklich, ein Bürger dieser ehrwür- digen und berühmten Stadt zu sein. Es seien genau 50

Jahre her, daß er Heidelberg zuerst sah. Er kam im Juli 1878 hier an, wohnte und studierte hier bis zum August 1879. Er fühle sich in den alten Straßen wie zu Hause, und die Häuser begrüßten ihn mit bekannten Gesichtern.

Das zu errichtende Gebäude und die vorangegangenen Dienste der Universität an Amerika sehe er nur als Zeuge der echten Freundschaft, die zwischen unseren beiden Völkern be- steht. Wir haben vieles gemeinsam — das Mut in einem nicht unwesentlichen Maße — gesellschaftliche und Handelsbezie- hungen, Kultur und Wissenschaft, politische Einrichtungen und internationale Ideale sowie innige Liebe für den Frieden und den höchsten Fortschritt der Menschheit. Möge das neue Gebäude ein dauerndes Zeichen unserer Freundschaft und der hohen Ziele der beiden Nationen sein.

Nach einem Orgelspiel verließ der Festzug wiederum unter Fanfarenklängen den Saal.

Im Anschluß an die Feier gab der Oberbürgermeister den Ehrengästen ein Frühstück in kleinem Kreise. Abends findet ein von der Stadt gegebenes Festessen statt, in dessen Ver- lauf die Studentenschaft dem Vorkämpfer einen Fackelzug bringt.

Der Festakt wurde vom Stuttgarter wie vom Frankfurter Sender übertragen.

### Abschluß der Besprechungen in Lugano

#### Ein Kommuniqué der Drei

Das angekündigte Kommuniqué über die gemeinsamen Ver- handlungen der Außenminister Frankreichs, Deutschlands und Englands in Lugano ist Samstag nachmittags herausgegeben worden, nachdem die drei Außenminister am Schluß der Vor- mittagsitzung des Völkerbundes den Text gemeinsam festgesetzt hatten. Das Kommuniqué hat folgenden Wort- laut (nach dem französischen Text):

„Die Tagung des Völkerbundes hat uns die Möglichkeit gegeben, die seit langem unterbrochene Fühlungnahme wieder aufzunehmen und zu einem Meinungsaustausch zu kommen, der außerordentlich nützlich gewesen ist. Diese Unterhaltun- gen haben uns dazu geführt, ferner als jemals dem Gedan- ken Ausdruck zu geben, daß eine Politik der Verständlich- keit und der Annäherung unserer Länder am besten geeignet ist, den Frieden zu gewährleisten. Dieser Politik bleiben wir treu ergeben. In diesem Geiste werden wir auch die auf Grund des in Genf am 16. September d. J. erzielten Übereinkommens eingeleiteten Verhandlungen zwischen den sechs beteiligten Mächten weiterführen. Wir sind entschlos- sen, alles zu tun, was in unserer Macht steht, um so schnell wie möglich zu einer vollständigen und endgültigen Regelung der Schwierigkeiten zu gelangen, die aus dem Kriege entstan- den sind, und bezuglich auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens die glückliche Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen unseren Ländern sicherzustellen.“

Lugano, 15. Dezember 1928.

Aristide Briand, Außen Chamberlain  
Dr. Gustav Stresemann

### Stresemann entgegnet den Polen

#### Im Völkerbundesrat

Kam es am Samstag zu scharfen Auseinandersetzungen zwi- schen Stresemann und dem polnischen Außenminister Jalecki. Nach bereits beendeter Behandlung der oberösterreichischen Schul- frage verlas Jalecki eine sorgfältig ausgearbeitete Propa- gandarede über die von Polen in Oberschlesien bewiesene in- dustrielle Tätigkeit. Er bezichtigte die Führer des Deut- schen Volkshundes des Hochverrats und bezeichnete den Volks- bund als eine Gefahr für den Frieden. Der deutsche Außen- minister reagierte in gründlichster Weise mit dem Polen ab und warf, einen Antrag des kanadischen Dandurand unter- stützend, das Minderheitenproblem in seiner Grundfähigkeit auf. Die Frage wird nun, der Forderung des deutschen Staats- delegierten entsprechend, auf der nächsten Tagung von der grundsätzlichen Seite her erörtert werden müssen. Bemerkens- wert ist, daß Briand, der als Präsident des Rates das Schlusswort zu sprechen hatte, sich mit keinem Wort für Ja- lecki einsetzte, sondern beteuerte, daß der Völkerbund in der Behandlung der Minderheitenfrage stets eine seiner obersten Pflichten sehen werde.

Stresemann führte u. a. aus, er bedauere, nichts anderes sagen zu können, als daß aus dieser Rede Jaleckis der Geist des Hasses gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien ge- sprochen hat, und den er aufgerufen hat gegen Menschen, die von einem Recht Gebrauch machen, welches ihnen durch den hier verammelten Völkerbundesrat anerkannt worden ist. Mit erhebener Stimme wandte sich Dr. Stresemann an das pol- nische Staatsmitglied, um ihn eindringlich zu fragen, wie er zu der Erklärung komme, daß die Behandlung dieser Beschwer- den ein Mißbrauch der Zeit des Rates sei. Dr. Stresemann führte weiter aus: „Wenn die oberösterreichischen Minderheiten- fragen der Zahl nach auf der Tagesordnung des Rates stei- gen, warum wird dann das Unrecht nur auf der einen Seite gesucht, warum denn im Zusammenhang mit reinen Schul- fragen eine Debatte über die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung hervorgerufen?“ Mit innerer Erregung fuhr Reichs- minister Dr. Stresemann fort: „Soll ich erwidern, daß an der Spitze der Werte in Oberschlesien im wesentlichen deutsche Männer stehen, deutsche Intelligenz mitwirkt? Soll ich er- widern, daß ohne diese Mitwirkung die industrielle Entwik- lung in Oberschlesien nicht erfolgt wäre? Warum rüteln Sie das alles auf? Seit wann ist es den Minderheiten ver- boten, Organisationen zu bilden, und ihre Fragen vor den Rat zu bringen? Der Reichsaussenminister betonte zum Schluß, daß er vom Standpunkt der Minderheiten überhaupt seine Stellungnahme aufrechterhalten müsse. Wenn der Völ- kerbund einen andern Standpunkt einnehmen würde, wäre das Ansehen des Völkerbundes erschüttert.“

Während der englischen Übersetzung einigten sich Briand, Chamberlain und Drummond, daß Briand reden möchte. Briand sagte, daß der Zwischenfall wohl alle Teilnehmer der Ratssitzung peinlich berühre. Er wolle nicht, daß der Rat mit diesem Mißklang seine Tagung in Lugano abschleße und möchte deshalb ausdrücklich feststellen, daß nichts zu der Ver- mutung berechtige, daß der geheiligten Rechte der Minder- heiten verletzten werde. Er glaube das einmütige Gefühl aller Staatsmitglieder auszusprechen, wenn er ausdrücklich betone, daß das Minderheitenrecht eine Säule sei, die der Völ- kerbund über der Völkerbundesrat nie zerbrechen dürfe.

Am Nachmittag fand noch eine Geheimnisung zur Weiter- behandlung des bolivianisch-paraguayischen Streitfalles statt. Der Ratpräsident (Briand) wurde beauftragt, die Stellung- nahme des Völkerbundes zu dem Konflikt bei den Regierun- gen durch ein Telegramm bekanntzugeben. Er wurde ferner beauftragt, die Angelegenheit weiter zu verfolgen und ge- gebenenfalls eine außerordentliche Ratssitzung einzuberufen. Es wird angenommen, daß die Tagung nach Paris einberufen werde, wie das seinerzeit auch bei dem griechisch-bul- garischen Konflikt ebenfalls unter der Präsidentschaft Briands geschehen ist.

### Aus dem Reichstag

#### Zwei Nachmittage — Aufräumen — Der Nachtragsetat

Am Samstag um 10 Uhr abends trat der Reichstag zusam- men. Weil die durch die Art der Ausschussbesetzung ver- ständliche Wirtschaftspartei die Innehaltung der geschäfts- ordnungsmäßigen Fristen für die erste Beratung des Nachtrags- etats verlangt hat, sah der Aussenrat, wie gemeldet, den Aus- weg aus dem Dilemma in der Anberaumung von zwei Nach- mittagen. Die erste um 10 Uhr abends hatte auf der Tages- ordnung keine besonders bedeutenden Vorlagen. Die Wirt- schaftspartei hielt vor der Nachmittags-Session eine Fraktions- scheidung ab, in der ernsthaft erwogen wurde, ob man nicht der ersten Beratung des Nachtragssetats in der Sonntagsmorgensitzung mit der Begründung widersprechen könnte, daß verschiedene Abgeordnete den Etat erst am Samstag früh erhalten hätten. Das Reichstagsbüro kann aber nachweisen, daß es schon am Freitag abend seine Voten zu den Abgeordneten geschickt hat. Die Zustimmung ist für die Vermehrung der Fristen entscheidend, auch wenn die Voten verschlossene Haustüren vorgefunden haben.

Die Publikumstribünen waren beim Beginn der ersten Nachmittags-Session dicht besetzt. Der nächste Reichstag scheint auf die Berliner eine ähnliche Anziehungskraft auszuüben wie die Nachtrunden beim Reichstagesrennen. Auch der Sitzungssaal war fester besetzt, als man vielfach erwartet hatte. Es wurde das Gesetz über den Verkehr mit unedlen Metallen bis zum 30. Juni 1929 verlängert. Es wurden die vom Ausschuss für die besetzten Gebiete vorgelegten Entschliessungen zur Ver- besserung der Wirtschafts- und Verkehrsbedingungen im be- setzten Gebiet angenommen und es wurde schließlich ein An- trag der Deutschnationalen auf Bewilligung von Zinsen und Württembergischen Postverwaltung an das Reich dem Haus- haltsausschuss überwiesen. Die kurze Aussprache, die sich an diese Vorlagen knüpfte, wurde mit ziemlichem Temperament geführt.

„Frühmorgens, eh' die Hähne kräh'n“, begann die letzte Sit- zung, die der Reichstag in diesem Jahre abgehalten hat. Fünf Minuten nach Mitternacht, also zu einem Termin, der eigent- lich noch zu dem angebrochenen Samstagnachmittag gerechnet wurde, wurde die erste Beratung des Nachtragssetats für 1928 eingeleitet. Diese fünf Minuten nach Mitternacht genügten, um die Bedingung der Geschäftsordnung, daß nach der Aus- gabe des Etats drei Tage verstrichen sein müssen, zu erfüllen. Der Sitzungssaal war ebenso wie die Tribünen trotz der ab- normen Sitzungszeit gut besetzt. Die Abgeordneten von aus- wärts hatten nun einmal ihr Hotel für die Nacht vom Sams- tag zum Sonntag abbestellt und sie blieben tapfer im Sit- zungssaal.

So hatte Reichsfinanzminister Dr. Gilsberg ein zahlreiches und aufmerksames Publikum, als er dem Nachtragsetat in kurzen Ausführungen die Begründung gab. Er bezeichnete ihn zugleich als den Personaletat für das Jahr 1929, wobei er ankündigte, daß der Hauptetat dieses Jahres nun möglichst bald folgen solle. Das Bild, das der Finanzminister von der Finanzlage des Reiches entwarf, war ziemlich schwarz gemalt. 600 Mill. Defizit sind zu decken. Bei der schlechten Finanz- lage müsse man sich auf neue steuerliche Belastungen gefaßt machen.

Die Debatte wurde eröffnet durch die Jungferrede des sozialdemokratischen Abg. Falkenberg, der als Leiter des frei- gewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes die Forderungen der Beamtenschaft auf radikalere Formen in der Befoldungs- und Beamtensatzungsfrage stark untertrieb. Der deutschnationale Abg. Graf Westarp nahm die schlechte Finanzlage zum Anlaß, um der gegenwärtigen Regierung den Vorwurf zu machen, daß sie nicht in der Lage sei, der Schwie- rigkeiten Herr zu werden. Wenn die Reichskasse nicht mehr die Mittel habe, um am 1. Januar die Gehälter und Löhne auszusahlen, wenn sie sich das nötige Geld bei Reichspost und Reichsbahn pumpen müsse, dann bedeute das den Bankrott des ganzen Systems.

Der Zentrumsgesandte Groß erklärte eine genaue Nach- prüfung der einzelnen Etatspositionen im Ausschuss für not- wendig. Er meinte, die Führer der Beamtenschaft sollten in ihren Forderungen Zurückhaltung üben angesichts der Tatsache, daß es großen Volksschichten noch viel schlechter ginge als den Beamten.

Der kommunistische Abgeordnete Torgler machte einige Sen- sation durch seine Indiscretionen aus dem Unteransatz des Haushaltsausschusses. Da nannte er Riesensummen, die für die Wohnungseinrichtungen des Wirtschaftsministers und des früheren Reichsfinanzministers ausgegeben seien, um daraus den Schluß zu ziehen, daß die Sparmaßnahmen an die unteren Schichten heuchelei seien.

Der volksparteiliche Abg. Dr. Gremer erachtete gleichfalls eine genaue Prüfung der Etatspositionen für notwendig und setzte sich dafür ein, daß bei den Steuerüberweisungen an die Länder eine gewisse Höchstmengengrenze gezogen werde.

Abg. Drewnis von der Wirtschaftspartei protestierte gegen die zu späte Einbringung des Etats und behauptete, die Ab- geordneten hätten überhaupt keine Gelegenheit gehabt, den Nachtragsetat richtig zu prüfen.

Der demokratische Abg. Bernhardt, der bei dieser Gelegen- heit auch seine Jungferrede hielt, wandte sich gegen den deutschnationalen Redner und kündigte an, daß seine Freunde sehr genau im Ausschuss den Etat überprüfen würden. Sehr kritisch äußerte er sich zum Reichswehr- und ganz besonders zum Marineetat. Er deutete an, daß die Demokraten an den vielen höheren Offiziersstellen manches freizugehen würden.

Für die Bayerische Volkspartei kündigte Abg. Dr. Pfeiler eine gründliche und sachliche Prüfung des Etats an.

Der Nationalsozialist Dr. Fried beschloß den Reigen der Red- ner mit heftigen Angriffen gegen die Regierung und das par- lamentarische System.

Nachdem der Nachtragsetat dem Haushaltsausschuss über- wiesen worden war, wurde einem Antrag der Geschäftsord- nungskommission zugestimmt, der die Genehmigung zu einem Strafverfahren gegen den nationalsozialistischen Abg. Straffer wegen eines Presdeliktes erteilt. Ein deutschnationaler An- trag zur Förderung der Wirtschaft und Landwirtschaft in Ost- preußen wurde dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Dann entließ um 14 Uhr morgens Präsident Röbe die Ab- geordneten in die Weihnachtsferien. Er erhielt die Ermäch- tigung, Mitte Januar 1929 die nächste Sitzung anzuberaumen.

Reichstagspräsident Röbe hat sich veranlaßt gesehen, für die Nachmittags-Session des Reichstags eine ganz besondere Maß- nahme zu ergreifen. Im Aussenrat wurde von kommuni- stischer Seite angeregt, in der Nachmittags-Session keine Ge- tränke durch das Reichstagsrestaurant verabfolgen zu lassen. Der Präsident hat sich, da im Aussenrat niemand der An- regung widersprochen hat, angeregt, daß im Reichstagsrestau- rant von 9 Uhr abends an Alkohol nicht mehr ausgeschenkt werde.

Doovers Südamerikareise. Der künftige Präsident der Ver- einigten Staaten, Herbert Hoover, ist auf seiner Südameri- kareise in Montevideo (Uruguay) eingetroffen.

# Badischer Teil

## Gründung der Schluchseewerk-A.-G.

Am Samstag wurde im Verwaltungsgedäude des Badenwertes Karlsruhe die Schluchseewerk-A.-G., Sitz Freiburg i. Br., mit einem Stammkapital von 14 Millionen Reichsmark gegründet.

Zum Vorstand wurden bestellt die Herren: Regierungsbaurat Otto Henninger, Karlsruhe, und Direktor Fritz Ribberbusch, Köln.

In den Aufsichtsrat wurden gewählt: als Vertreter des Badenwertes in Karlsruhe: Direktor Senator Dr. h. c. Bes, Karlsruhe, Oberbaurat Direktor Fettweis, Karlsruhe, Ministerialdirektor Föhrenbach, Karlsruhe, Oberbaurat Direktor Dr. h. c. Helmke, Karlsruhe, Präsident Dr. Paul, Karlsruhe, Ministerialdirektor Sammet, Karlsruhe; von Seiten der Kraftübertragungswerke Rheinfelden: Direktor Dr.-Ing. Dr. phil. Robert Haas, Rheinfelden; von Seiten des Kraftwerkes Laufenburg: Direktor Carl Becker, Laufenburg; von Seiten der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk A.-G., Essen: Direktor Friedrich Egger, Frankfurt a. M., Direktor Ernst Henke, Essen, Direktor Wilhelm Kern, Essen, Direktor Dr.-Ing. h. c. Artur Koepchen, Essen, Direktor Karl Werth, München, Professor Dr.-Ing. h. c. Bernhard Salomon, Frankfurt a. M., Direktor Heinrich Schmitz, Essen, Direktor Alfred Thiel, Essen, Direktor Ludwig Bieler, Ludwigslburg; von Seiten der Stadt Freiburg i. Br.: Oberbürgermeister Dr. Bender, Freiburg i. Br.

Präsident Dr. Paul, Karlsruhe, wurde zum Vorsitzenden und Direktor Dr.-Ing. h. c. Artur Koepchen, Essen, zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

## Eine Rede des Staatspräsidenten

Bei der Gründungsfeier des Schluchseewerkes am Samstag hielt Staatspräsident Dr. Schmitt folgende Rede:

„Es ist anzunehmen, daß das Schluchseewerk in den nächsten Wochen gegründet werden wird.“ So lautete vor 14 Tagen im Landtag meine kurze Antwort auf eine kurze Anfrage. Man laute; das Laute galt der Kürze der Antwort, und doch hat noch eine Stunde der Regierung im Landtag einen schwereren und wichtigeren Inhalt gehabt, als dieser kurze lapidare Satz, und noch nie hat eine Antwort so viele Vorbereitungen und Beratungen erfordert, wie diese. Ich möchte auch künftig wünschen, daß im Landtag und Reichstag statt großen Reden und freitigen Auseinandersetzungen solche lapidare Erklärungen der Regierung abgegeben werden könnten, Erklärungen, welche für die kulturelle, geistige und wirtschaftliche Entwicklung unseres bedrückten Vaterlandes von der größten Bedeutung sein werden und sich zum Ziele setzen, das Volk aus seiner Notlage wieder aufwärts zu führen.

Wir erleben soeben eine feierliche Stunde, einen Augenblick, den die Schweiz, das Rheinland mit dem NWG und Baden, ja das ganze Deutschland mit großer Sehnsucht herbeigewünscht haben, den Tag, an dem sich diese Länder zu einer erneuten Gemeinschaft verbinden wollen, den Tag, an dem aus der Verbindung ein neues, nütliches und notwendiges Glied der Gesellschaft geboren werden soll — das Schluchseewerk.

Diese Verbindung ist zunächst etwas übernationales. Sie betrifft zum Ausdruck, daß zwischen der Schweiz und Baden nicht bloß eine gemeinsame Geschichte, eine gemeinsame Sprache, gemeinsame Sitten, sondern auch wichtige gemeinsame, wirtschaftliche Interessen der Schiffahrt und der Kraftausnutzung auf dem Rhein bestehen. Denn gerade die Oberheime, die zwischen Baden und der Schweiz gemeinsam sind, wollen ja auch die Schiffahrt fördern durch Anlegung von Schleusen. Der Tag, den wir heute feiern, hat ferner auch seine demokratische und seine volkstümliche Bedeutung. Nicht ein einzelner Mensch, das Volk, sondern viele haben an der Arbeit mitgewirkt, das ganze Volk will der Träger des Wertes sein; das Werk entsteht nicht bloß aus dem Volkstum heraus, es entsteht auch für das Volk. Auch die Gegner des Werkes sind vielfach ungewollt seine Förderer geworden. Ein Werk, das sachlich so gut fundiert ist, wie das Schluchseewerk, kann durch Opposition nur gewinnen. Die Opposition hat dazu beigetragen, die Vorzüge des Werkes vor dem ganzen Volk niedriger zu hängen. Die Verbindung, die heute eingegangen wird, hat nicht nur Bedeutung auf dem Wege der Elektrizitätswirtschaft, nicht bloß auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern überhaupt auch auf geistigem und kulturellem Gebiet. Nichts ist heute wichtiger, als daß die deutschen Stämme sowohl unter sich als auch mit den benachbarten außerdeutschen Völkern in persönlicher Berührung treten, damit die Verständigung innerhalb und außerhalb Deutschlands immer mehr Platz greift.

Die neue Gemeinschaft, die heute entstanden ist, hat auch soziale Aufgaben, sie stellt sich in den Dienst des Volksganges, sie will die Arbeitslosigkeit bekämpfen, sie will die Industrie und das Handwerk befruchten, sie will auch der Landwirtschaft durch härteren Verbrauch von Elektrizität Anreize zu billigerer und besserer Produktion geben, auch den landwirtschaftlichen Kleinbetrieben.

Für das Grenzland Baden hat die neue Gesellschaft auch eine nationale Bedeutung. Unser Grenzland leidet sehr in kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Es ist eine nationale Aufgabe, gerade dem Grenzland zu helfen.

Die Verbindung, die heute geschlossen wird, ist aber auch eine ganz natürliche Verbindung; denn was ist natürlicher, als daß die Kräfte sich zusammenschließen, die im Rhein, am Rhein und über dem Rhein liegen.

Das Ziel der neuen Gemeinschaft ist gegenseitige Treue, ist Treue gemäß dem ewigen Vertrag. Dieser Vertrag kann nur auf gegenseitiger Achtung und Gleichwertigkeit beruhen. Keiner der Vertragspartner soll das Gefühl haben, daß er überfordert oder benachteiligt werden könne. Der Grundsatz der gleichen Rechte ist überall durchzuführen. Wer in eine Ehe eintritt, darf dies nicht tun der Vorteile wegen, er kann dies nur tun in dem Bewußtsein, daß er in erster Reihe dem andern Opfer zu bringen habe. Und so ist denn die Grundlage des neuen Verbindungsvertrags der Wille zur gegenseitigen und zur gemeinsamen Unterstützung.

Das Ziel der Verbindung geht aber noch weiter. Zuerst müssen sich die wirtschaftlichen Kräfte am Rhein zusammengeschlossen haben. Ist dies geschehen, dann können Verhandlungen angebahnt werden mit der Elektrizitätswirtschaft im Osten, in Bayern und nördlich davon. Es wird der Tag kommen, an dem wir eine gemeinsame deutsche Elektrizitätswirtschaft in irgendeiner Form haben müssen, und der Weg, auf dem dieses Ziel erreicht werden soll, kann nur der Weg der gegenseitigen Verständigung sein.

Das Kind, dessen Geburt wir heute feiern, ist juristisch zwar geboren; aber es fehlt ihm noch das warme Blut, das Fleisch und starke Knochen, um den Druck auszuhalten, der auf ihm lasten wird. Es wird auch starke Nerven bekommen müssen,

denk im Laufe der Jahre wird noch manche Schwierigkeit an das Werk herantreten, die nur dann überwunden werden kann, wenn das Kind gute Nerven bekommt und behält.

Wenn die Mutter das Kind geboren hat, so läßt die Freude über das Kind die Mutter gerne die Geburtstagen vergessen, und doch drängt sich manchenmal wieder die Erinnerung an die überhandenen Schwierigkeiten auf, die glücklich überwunden wurden.

Was die Förderung des Naturschutzes angeht, so glaube ich, daß wir allen berechtigten Forderungen Rechnung getragen haben, sowohl am Schluchsee als auch zum Ausgleich an andern Orten des badischen Landes. Aber ich freue mich auch, daß gerade bei den Verhandlungen über das Schluchseewerk sich der Gedanke durchgesetzt hat, daß bei der Relation zwischen Naturschutz und wirtschaftlichen Werken doch u. U. das wirtschaftliche Wert unter den Forderungen des Naturschutzes wesentlich nicht leiden darf, wenn die Allgemeinheit nach dem wirtschaftlichen Wert verlangt. Man hat Beweise gegen das Schluchseewerk hergeholt aus den Gefahren, die für eine bestimmte Industrie in Reutstadt entstehen könnten. Nichts war unrichtiger, als diese Beweisführung, hat doch gerade der Staat das größte Interesse daran, daß kein Arbeiter aus seiner Fabrik entlassen wird, um arbeitslos zu werden, hat doch auch der Staat das größte Interesse daran, daß Industrie und Handwerk in Baden nicht nur blühen, sondern auch erweitert werden. Der Staat hätte auch kein Interesse daran, daß er aus seinen Staatsabgaben an die Holzverarbeitende Industrie weniger Holz verkaufen könnte als bisher. Auch aus steuerlichen Gründen fördert der Staat die Industrie. Ich bin der Meinung, daß die Steuerpolitik nichts selbständiges sein darf, sondern, daß sie grundsätzlich ein Teil, ja ich möchte fast sagen, die Dienerin der Wirtschaftspolitik sein muß. Dieser Satz ist zwar zunächst nur ein Ideal. Es wird schwer zu sagen sein, ob und wie das Ideal erreicht werden kann; aber Ideale haben schon dann einen Wert, wenn man sich in der Richtung auf die Ideale hin bewegt. Ich habe deswegen schon wiederholt den Grundsatz ausgesprochen, daß auch der Staat Steuerergünstigungen immer dann gewähren wird, wenn es sich darum handelt, Industrie in unser Grenzland anzuziehen und wenn die Städte sich entschließen, der neu antonemenden Industrie Steuerergünstigung zu gewähren. Das badische Land wird, soweit es an ihm liegt, in ähnlicher Weise verfahren wie die Städte, wenn dies notwendig ist, um Industrie neu anzuziehen.

Einwendungen gegen das Schluchseewerk wurden auch wiederholt gemacht vom Standpunkt der Abfrage. Aber das eine steht außer Frage: die Frage der Abfrage ist in Baden mit einer Gründlichkeit behandelt worden, wie sie selten anzutreffen ist. Das Substanz außerordentlicher Wasserkräfte hat uns eingehend gezeigt, wie streng und genau wir gerade in Baden die Abfrage geregelt und nimmere den Abschlag auch gesichert haben. Das wünschenswerteste wäre es gewesen, wenn auch die Reichsbahngesellschaft sich an der Gesellschaft und an dem Abschlag beteiligt und mit der Elektrifizierung der badischen Bahnen begonnen hätte. Nachdem aber die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bahn eine Beteiligung nicht gestattet haben und ein Zusammengehen mit der Bahn nicht möglich war, haben wir die Frage wenigstens im Sinne der Reichsbahn oder zugunsten der Reichsbahn geregelt, so daß die Reichsbahn die Möglichkeit hat, sich an den elektrischen Kraftquellen in irgendeiner Form zu beteiligen.

Ich habe nun die Pflicht, einer Reihe von Männern Dank abzusagen. Ich beginne mit den Männern und Sachverständigen, die außerhalb Deutschlands in Schweden und in der Schweiz wohnen. Was ich diesen Männern zu danken habe, besteht darin, daß sie mich in den mündlichen Verhandlungen mit ihnen in meinem festen Vertrauen zu der Leitung des Badenwertes bestärkt haben. Wenn ich politisch vor dem Landtag ein Werk vertreten muß, so brauche ich in erster Reihe unumstößliches Vertrauen zu der Leitung des Badenwertes. Dieses Vertrauen habe ich gewonnen und gestützt durch die Mitarbeit mit diesen Männern. Ich danke ferner den Männern des NWG, daß sie sich auf den Boden dieses Vertrags gestellt haben, auf den Boden der Gleichberechtigung, auf den Boden der gegenseitigen Achtung und der gegenseitigen Hilfe. Ich danke meinen Amtsvorgängern im Amte des Finanzministers, sie haben ja die Erbauung des Schluchseewerkes eingeleitet. Ich danke dem badischen Landtag, daß er sich auf den Standpunkt gestellt hat: des Volkes Wohl ist oberstes Gesetz, und daß er die Regierungsvorlage mit so gewaltiger Mehrheit angenommen hat. Ich danke der Opposition, daß sie bei ihren Einwendungen sachlich geblieben ist, und daß ein ganz erheblicher Teil der Opposition schließlich doch für die Regierungsvorlage gestimmt hat. Ich danke dem Herrn Vorsitzenden des Haushaltsausschusses und dem Herrn Berichterstatter im Landtag; ihrer vorbereitenden Arbeit ist die rasche und günstige Erledigung zu danken. Ich danke dem Landtag auch gerade besonders deshalb, weil er erkannt hat, daß, abgesehen von Sachverständigen, niemand die Einzelfragen selbständig beurteilen kann, und daß er sich entschlossen hat, die Entscheidung auf der Frage aufzubauen, ob der Leitung des Badenwertes und dem Finanzministerium in dieser Frage das Vertrauen geschenkt werden könne, und daß er dieses Vertrauen in so reichem Maße entgegengebracht hat. Ich danke meinen Beratern im und außerhalb des Ministeriums, den Herren des Aufsichtsrats des Badenwertes, den örtlichen Behörden in Reutstadt und Bonndorf. Ganz besonders aber habe ich zu danken der Leitung und den Beamten des Badenwertes. Was sie befehl hat, das war die innige Liebe zu ihrem großen Werk; die seelische Verbundenheit war ihre Triebfeder. Ich weiß, daß die Leitung des Badenwertes ihre Arbeit und das neue Werk so liebt, wie ein Vater sein Kind. In früherer Zeit hätte man an einem solchen Tag den verdienten Männern Orden oder Titel verliehen. So haben aber diese Männer durch den badischen Landtag die höchste Auszeichnung erhalten, die ein Volk verleihen kann. Der badische Landtag hat seine Entschliessung zugunsten des Schluchseewerkes im wesentlichen nur darauf aufgebaut, daß die Leitung des Badenwertes sein volles Vertrauen verdiene. Diese Vertrauensumgebung des badischen Landtags betrachte ich als die höchste Auszeichnung, welche einem außerhalb der Politik stehenden Mann zuteil werden kann. Nur wenigen Männern wird diese Anerkennung zuteil. Deswegen beglückwünsche ich am heutigen Tage die Leitung des Badenwertes in ganz besonderer Weise.

Wir stehen vor der Feier des Weihnachtstages. Weihnachtstimmung umfaßt uns schon und wir haben eine schöne Weihnachtsgabe, die wir dem badischen Volk, dem deutschen Volk und dem Schweizervolk auf den Weihnachtstag legen können. Möge diese Weihnachtsgabe den Ländern Segen bringen! Unser Werk ist noch unfertig. Es werden Schwierigkeiten kommen, es bestehen Risiken. Wie bei allen Unternehmungen wird vieles nicht bloß von den Fähigkeiten der Leitung und von ihrem starken Willen, sondern auch vom Glück abhängen. Wir brauchen Glück für unser Werk. Wenn der Kapitän mit seinem Schiff die Reise auf dem Rhein antritt, dann gibt er ein Zeichen und dieses Zeichen bedeutet „in Gottes Namen“. Wenn ich heute als badischer Staatspräsident das neue, von elektrischer Kraft getriebene Schiff seine Reise antreten lasse, so kann ich heute, wo ja das Kind über die Taufe gehoben

werden soll, nur die gleichen Worte gebrauchen, wie der Schiffskapitän, „in Gottes Namen“.

Ben soll ich nun hochleben lassen? Soll ich hochleben lassen das NWG, das Land Baden, die Schweiz, das Schluchseewerk, die Kultur, die geistigen oder die wirtschaftlichen Vorteile, die durch das neue Werk geschaffen werden, soll ich die übernationalen oder die nationalen Bedeutung feiern? Ich glaube, alle diese Gesichtspunkte lassen sich vereinigen und zusammenfassen in die Worte „Vater Rhein“ und diesen „Vater Rhein“, d. h. alles, was in und an dem Rhein lebt und weht, das soll hochleben!

## Gemeinderundschau.

Dr. Reinhaus Oberbürgermeister von Heidelberg. Bei der am Sonntag in Heidelberg stattgefundenen Oberbürgermeisterwahl wurden bei 116 Stimmberechtigten 109 Stimmen abgegeben, davon entfielen 93 auf den Abgeordneten Dr. Reinhaus (Barmen), der somit zum Oberbürgermeister gewählt ist. Die Reststimmen verteilen sich auf den Kommunisten Böning und Bürgermeister Wieland. Der Amtsantritt des neuen Oberbürgermeisters ist noch unbekannt und wird von den Verpflichtungen Dr. Reinhaus' in Barmen abhängen.

Schulärztliche Untersuchung. Die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene empfiehlt in einer Eingabe an den Landtag die ärztliche Untersuchung aller Schüler und Schülerinnen der Gewerbe- und Handelsschulen, sowie der höheren Unterrichtsanstalten.

Bürgermeisterbezirksverein Waldshut. Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Maier, Stühlingen, fand eine Versammlung der Bürgermeister des Bezirks Waldshut statt, bei der Vertreter der verschiedensten Behörden erschienen waren. Zunächst wurden die Wahlen für den Bezirkswohnungsverband und für den Bezirksausschuß erledigt. Dann hielt Revisiondirektor Kauls, Mannheim, einen Vortrag über das Sparlassenwesen. In der Diskussion wurden die hohen Zinssätze der Sparkassen für Darlehen kritisiert, die es einer Gemeinde unmöglich machen, größere Pläne auszuführen. Ein zweites Referat wurde von Oberrevisor Maier vom Bezirksamt Waldshut über die Gebäudesteuer gehalten. Anschließend wurde der Jahresbeitrag für 1928 festgesetzt.

Ergebnislose Bürgermeisterwahl. Trotz guter Wahlbeteiligung blieb auch der dritte Wahlgang in Dornheim (bei Baden) ohne Ergebnis. Es muß nun von Staatswegen ein kommissarischer Bürgermeister eingesetzt werden.

## Aus der Lanoeshauptstadt.

Die Post in Erwartung des Weihnachtspaketverkehrs. Um den gesteigerten Anforderungen des Weihnachtspaketverkehrs gerecht zu werden, hat die Post, gestützt auf die Erfahrungen der früheren Jahre, umfassende Vorbereitungen getroffen, die eine schnelle und pünktliche Zuführung der Sendungen in die Hand des Empfängers erwarten lassen. Die Annahmeschalter werden dem Bedürfnis entsprechend vermehrt, neben den bestehenden Postverbindungen sind zahlreiche außerordentliche Beförderungsgelegenheiten auf der Bahn und auf Landwegen vorgesehen. Soweit die Pakete vom Empfänger nicht abgeholt werden, erfolgt ihre Zustellung unter Vermehrung der Betriebsmittel und der Zustellkräfte ohne besondere Kosten mit der gewohnten Pünktlichkeit. Der keine Pakete rechtzeitig bei der Post aufliert, kann sicher sein, daß sie zu der gewünschten Zeit den Empfänger erreichen. Wer verhindert ist, seine Pakete persönlich bei der Post aufzuliefern, oder sich den Weg zum Postamt sparen will, gebe sie dem Paketzusteller mit. Das kann überall geschehen, wo die Paketzustellung mit Fuhrwerk ausgeführt wird. Die Gebühr für die Mitnahme beträgt 20 Pf. für ein Paket.

Winter in den Schwarzwäldern. Über Wintersport und Wintertouren im Schwarzwald unterrichtet ein vom Badischen Verkehrsverband Karlsruhe herausgegebener Fallprospekt. Durch eine ausführliche Preisliste nach dem neuesten Stand mit einem Begleitheft über die Stgebiete, Els-, Wolsleig- und Nodelbahnen als Anhang, wird die Auswahl eines Ortes für Sport und Erholung wesentlich erleichtert.

Die Warenhausdiebstähle bei Ties. Vor dem Einzelrichter beim Amtsgericht Karlsruhe wurden gestern umfangreiche Warenhausdiebstähle von Angestellten des Karlsruher Warenhauses Ties verhandelt. Den Angeklagten, die sich wegen Diebstahls und Hehlerei zu verantworten hatten, wird vorgeworfen, daß sie Kleidungs- und Wäschestücke, Hüte, Parfümerien und Bücher im Gesamtwert von einigen tausend Reichsmark entwendet haben. Das Gericht verurteilte die Hauptangeklagte Johanna Schmidt wegen fortgesetzten Diebstahls und Hehlerei zu drei Monaten Gefängnis, abgültig ein Monat Unterhäftungshaft, die Johanna Kläber wegen fortgesetzter Hehlerei und Beihilfe zum Diebstahl zu zwei Monaten Gefängnis, die Verta Kläber wegen fortgesetzten Diebstahls und Hehlerei zu einem Monat Gefängnis, die Angeklagten Margarethe Duff und Minna Andres zu je drei Wochen Gefängnis. Die Angeklagte Johanna Kreber wurde freigesprochen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die über dem Nordmeer angelangte ozeanische Zykone, die einen schmalen Ausläufer über der Nordsee mitführt, hat England und Westfrankreich mit Warmluft überflutet. Bei uns ist die Erwärmung erst in den höheren Lagen eingetreten (Zelberg heute morgen -0 Grad gegen -11 Grad gestern früh) und hat zur Bildung einer geschlossenen Wolkendecke geführt. Die Erwärmung wird sich in der nächsten Zeit auch bis zu den tieferen Lagen fortsetzen. Wetterausblick für Dienstag: Abschluß der Frostperiode, fortschreitende Erwärmung, bei westlicher Luftzufuhr, Niederschläge von Schnee in Regen übergehend.

## Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Feiberg, 16. Dez. Der frühere badische Staatspräsident Prof. Dr. Willy Hellpach, konnte gestern die Chirurgische Klinik, wo er sich am 21. November einer Blinddarmerkrankung unterzogen hatte, völlig wiederhergestellt, verlassen. Er wird allerdings vorläufig seine parlamentarische Tätigkeit noch nicht aufnehmen können.

D3. Altheim (Baden), 16. Dez. Der jugendliche Brandstifter, der nach Mosbach verbracht wurde, hat vor der dortigen Staatsanwaltschaft die Täterschaft an sämtlichen Bränden eingestanden. Der Brandstifter umfaßt 12 Scheune und 8 Stallungen, außerdem wurden zwei Wohnhäuser stark beschädigt.

D3. Eimelbingen, 15. Dez. Mit dem Bau des Stauewerks für das Kraftwerk Rembs bei Markt soll in den nächsten Tagen begonnen werden. Die Arbeiten sind der Firm Welterhoff & Wiedmann, Wiesbaden, übertragen worden. Man rechnet mit fünf Jahren Bauzeit. Die ersten Waggons mit Materialien für die Vorarbeiten sind hier eingetroffen, ebenso einige Ingenieure und Bauarbeiter.

